



Matthias Döpke ist  
Ökonom an der Northwestern  
University in Illinois, USA

VON MATTHIAS DÖPKE |

## WARUM INTERNATIONALE *BOYKOTTE* *GEGEN KINDERARBEIT* DIE LAGE EHER VERSCHLIMMERN ALS VERBESSERN

**WER HEUTE ETWAS FÜR SEIN GEWISSEN TUN WILL**, kann in jedem Café einen „fair trade“-Latte macchiato bestellen, dessen Bohnen garantiert nicht von Kinderhänden geerntet wurden. Ähnlich sieht es in der Textilbranche aus: Nach zahlreichen Medienkampagnen und Boykott-Aktionen haben praktisch alle großen Unternehmen von Adidas bis Zara ihren Zulieferern verboten, Kinder zu beschäftigen. Anders als noch vor wenigen Jahren können Konsumenten heute darauf vertrauen, dass die günstigen Preise für ihre Turnschuhe und T-Shirts immer weniger auf der Ausbeutung Minderjähriger beruhen.

Doch kann der „richtige Konsum“ tatsächlich Kinderarbeit verhindern? Steigert er das kindliche Wohl? Hilft er, Ausbeutung durch Ausbildung zu ersetzen?

Zusammen mit dem Ökonomen Fabrizio Zilibotti von der Universität Zürich bin ich zu einer beunruhigenden Antwort gekommen: Boykotte westlicher Konsumenten oder „fair trade“-Zertifizierungen sind nicht nur unwirksam gegen Kinderarbeit – sie erschweren sogar deren Überwindung.

**UM DAS ZU VERSTEHEN**, muss man die Situation im Detail betrachten: Die Familien arbeitender Kinder sind meist extrem arm. Damit wenigstens ein oder zwei Geschwister zur Schule gehen können, müssen die anderen Geld verdienen. Werden die aber aufgrund von internationalem Druck aus einem exportabhängigen Unternehmen entlassen, verliert ihre Familie eine wichtige Einkommensquelle – und ist womöglich noch stärker als zuvor auf den Zuverdienst der Kinder angewiesen. Diese weichen dann lediglich auf andere Tätigkeiten aus, meist im informellen Sektor der Landwirtschaft, wo Löhne und Ar-

beitsbedingungen häufig noch schlechter sind. Es könnte also genau das Gegenteil des durch die Sanktionen Erhofften eintreten: mehr Kinderarbeit, weniger Schulbildung.

Es wäre aber immerhin denkbar, dass solche internationalen Maßnahmen längerfristig wirken, indem sie politische Reformen anstoßen. Allen Ländern, die Kinderarbeit überwunden haben, gelang dies, indem sie eine strikte Schulpflicht einführten, ein Mindestalter für erwerbstätige Kinder und strenge Arbeitsschutzauflagen. Wie aber kommen solche Gesetze zustande? Welche Gruppen sind an der Abschaffung der Kinderarbeit nachhaltig interessiert?

Zum einen sind das Nichtregierungsorganisationen, die aus humanitären Gründen gegen Kinderarbeit eintreten, vor allem gegen deren besonders gefährliche Formen. Doch letztlich, das zeigt die Geschichte, waren es meist konkrete wirtschaftliche Interessen, die zu durchgreifenden Maßnahmen gegen die Ausbeutung Minderjähriger geführt haben.

Wir haben zum Beispiel untersucht, wie es im 19. Jahrhundert in Großbritannien und anderen europäischen Ländern zu umfassenden Gesetzen gegen Kinderarbeit gekommen ist. Hatten Kinder zuvor nur im informellen Sektor der familiären Landwirtschaft und in Werkstätten gearbeitet (also dort, wo sie in der Regel andere Tätigkeiten als Erwachsene ausübten), drängten sie im Zuge der Industrialisierung auch in Mühlen, Minen und Fabriken. Dort verrichteten sie dieselben Aufgaben wie ältere Arbeiter, meist sogar für weniger Lohn,



## Durch Sanktionen werden die Kinder nur zurück in den informellen Arbeitsmarkt gedrängt

und traten somit in eine direkte Konkurrenz. Vor allem dieser neue „Wettbewerb“ war es, der die Gewerkschaften damals motivierte, die Kinderarbeit ernsthaft zu bekämpfen: Sie wollten die Arbeitsplätze ihrer erwachsenen Mitglieder schützen und höhere Löhne erzielen.

Heute ist in den Entwicklungsländern der direkte Wettbewerb um Arbeitsplätze zwischen Kindern und Erwachsenen gerade in der exportorientierten Industrie am größten. Durch internationale Sanktionen werden die Kinder aber von dort zurück in den informellen Sektor gedrängt, auf dem keine Konkurrenz besteht. Dadurch verlieren die erwachsenen Arbeiter die Motivation, im eigenen Interesse für Reformen zur Bekämpfung der Kinderarbeit einzutreten: Der politische Prozess, der in den Industriestaaten einst zur Abschaffung der Kinderarbeit geführt hat, wird ausgebremst.

Es überrascht daher nicht, dass in vielen Entwicklungsländern effektive Maßnahmen gegen Kinderarbeit unpopulär sind, und zwar nicht nur unter Industriellen, sondern auch in den armen Bevölkerungsschichten, die auf die Einkommen ihrer Kinder angewiesen sind. Gerade in Ländern, in denen es keine Gesetze gegen Kinderarbeit gibt, haben Familien oft sehr viel Nachwuchs, um ihr Einkommen zu maximieren. Entsprechend gering ist ihr Interesse an schärferen Gesetzen.

Die Konsequenz ist, dass Kinderarbeit trotz zahlreicher Bemühungen, sie einzudämmen, immer noch weit verbreitet ist. Nach Angaben der ILO (der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen) arbeiten auch heute noch mehr als 200 Millionen Kinder. Von den Gefahren für ihr Leben und ihre Gesundheit ganz abgesehen, werden sie ihrer Bildungschancen beraubt. Das kann dazu führen, dass sich die Armut über Generationen hinweg fortpflanzt.

**BOYKOTTAKTIONEN SEITENS DER INDUSTRIESTAATEN** können also sogar die Überwindung der Kinderarbeit hinauszögern. Das heißt jedoch nicht, dass gar nichts unternommen werden kann. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Maßnahme ist das staatliche PROGRESA-Programm in Mexiko: 1998 beschloss die damalige Regierung, nicht länger den Preis von Tortillas zu subventionieren – und damit indirekt auch reiche Familien –, sondern arme Haushalte direkt finanziell zu unterstützen. Der entscheidende Punkt: Geld bekommt nur, wer seine Kinder zur Schule statt zur Feldarbeit schickt. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen den Erfolg dieses direkten wirtschaftlichen

Anreizes: In Regionen, in denen das Programm eingeführt wurde, ist die Kinderarbeit deutlich rückläufig, und mehr Kinder – insbesondere ältere – besuchen die Schule. Auch die von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus gegründete Grameen Bank in Bangladesch vergibt Mikrokredite nur an Frauen, die ihre Kinder zur Schule schicken.

**ÜBER SOLCHE GEZIELTEN PROGRAMME** hinaus sollten wir im Auge behalten, dass die Ursache für Kinderarbeit immer Armut ist. Die große Mehrzahl der Eltern würde ihrem Nachwuchs lieber eine gute Schulbildung ermöglichen, wenn sie die finanziellen Mittel hätten. Daher ist auch Wirtschaftsförderung in Entwicklungsländern zugleich ein Schritt zur Überwindung der Kinderarbeit.

Wenn die westlichen Industriestaaten dazu einen Beitrag leisten wollen, wäre der Abbau von Barrieren im Welthandel der beste Anfang: Entgegen den Aussagen vieler Globalisierungskritiker können nämlich Entwicklungsländer von einem freien Handel meist deutlich profitieren.

So haben die Ökonomen Eric Edmonds und Nina Pavcnik vom Dartmouth College am Beispiel von Vietnam gezeigt, dass ein verbesserter Zugang zu internationalen Märkten zu höheren Einkommen in ärmeren Bevölkerungsschichten geführt hat – worauf die Kinderarbeit deutlich zurückgegangen ist. Auch wenn wir Entwicklungsländer international vergleichen, können wir sehen, dass das Familieneinkommen dort höher und die Kinderarbeit seltener ist, wo ein freier Markt zugang herrscht.

Es gibt also keinen Grund, in Pessimismus zu verfallen und Kinderarbeit als unabänderliche Tatsache hinzunehmen. Sie zu überwinden bleibt eine zentrale Herausforderung für die Entwicklungspolitik. Doch die Maßnahmen sollten an den wirtschaftlichen Ursachen ansetzen und reformorientierte politische Kräfte stärken, anstatt Erfolge durch ein verändertes Kaufverhalten zu erwarten. □